



GEMEINDE ESCHENBACH

BEBAUUNGSPLAN „SAURE WIESEN, ERWEITERUNG – 1. ÄNDERUNG“

TEXTTEIL (Teil B)

I. BEBAUUNGSPLAN

II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

SATZUNG

Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB: 31.01.2017

~~Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom:~~

~~Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB: bis~~

Feststellung des Entwurfes und Auslegungsbeschluss: 31.01.2017

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom: 07.02.2017

Öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB: 16.02.2017 bis 17.03.2017

Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB: 25.04.2017

Ausgefertigt:

Der textliche und zeichnerische Inhalt des Bebauungsplanes stimmt mit dem Satzungsbeschluss überein. Die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensvorschriften wurden beachtet.

Eschenbach, den 25. April 2017

gez. Thomas Schubert
Thomas Schubert (Bürgermeister)

Durch ortsübliche Bekanntmachung am:
ist der Bebauungsplan gem. § 10 BauGB in Kraft getreten.

04. Mai 2017
.....

Plandatum: 25.04.2017



Dipl.-Ing. (FH) Manfred Mezger
Freier Stadtplaner

mquadrat kommunikative Stadtentwicklung
Badstraße 44 T 0 71 64 . 1 47 18 - 0
73087 Bad Boll F 0 71 64 . 1 47 18 - 18

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“ (nach § 9 BauGB)

Rechtsgrundlagen:

- Das **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722).
- Die **Baunutzungsverordnung (BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548).
- Die **Planzeichenverordnung (PlanzV)** vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).

Die planungsrechtlichen Festsetzungen der Bebauungspläne „Saure Wiesen“ und „Saure Wiesen, Erweiterung“ werden beibehalten.

II. ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“ (nach § 74 LBO)

Rechtsgrundlagen:

- Die **Landesbauordnung (LBO)** für Baden-Württemberg in der Fassung vom 5. März 2010 (GBl. S. 357, 416), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. November 2014 (GBl. S. 501).
- **Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO)** in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. 2000, 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Oktober 2015 (GBl. S. 870).

Die örtlichen Bauvorschriften zu den Bebauungsplänen „Saure Wiesen“ und „Saure Wiesen, Erweiterung“ werden beibehalten.

III. HINWEISE

zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“
und zu den örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“

1. Im Planungsgebiet sind bisher noch keine archäologischen Fundplätze bekannt geworden. Es ist jedoch nie vollständig auszuschließen, dass im Rahmen von Bodeneingriffen archäologische Funde und / oder Befunde zutage treten können. Gemäß § 20 Denkmalschutzgesetz ist in einem solchen Fall die Kreisarchäologie Göppingen (07161-50318-0 oder 5031817; 0173-9017764; r.rademacher@landkreis-goeppingen.de) und das Regierungspräsidium Stuttgart / Ref. 86 Denkmalpflege umgehend zu benachrichtigen. Funde/Befunde sind bis zum Ablauf des vierten Werktags nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die zuständigen Stellen mit einer Verkürzung der Frist einverstanden sind. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (§ 27 DSchG) wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.

Darüber hinaus können bei tiefer in den Untergrund eingreifenden Maßnahmen jederzeit auch archäologisch/paläontologisch wichtige Tier- und Pflanzenreste zutage treten. Nach § 2 des Denkmalschutzgesetzes unterliegen entsprechende organische Reste und Fossilien ebenfalls dem Denkmalschutz, so dass zumindest auffällige Versteinerungen und Knochen meldepflichtig sind.

2. Regelung zum Schutz des Bodens: Gem. § 1 a (2 u. 3) BauGB, § 202 BauGB, §§ 1, 2 u.7 BBodSchG ist mit dem Boden sparsam und schonend umzugehen. Beeinträchtigungen der natürlichen Bodenfunktionen sind so weit als möglich zu vermeiden.

Sämtlicher auf dem Gelände befindlicher Oberboden (Mutterboden), der für die Bebauung abgetragen werden muss, ist von Arbeitsbeginn in der anstehenden Tiefe zu sichern und nach Möglichkeit innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans zu verwerten. Der Oberboden ist in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen (Schutz des Mutterbodens gemäß § 202 BauGB). Bei erforderlichen Geländeaufschüttungen innerhalb des Baugebietes darf der Mutterboden des Urgeländes nicht überschüttet werden, sondern ist zuvor abzuschieben. Für Auffüllungen ist ausschließlich Aushubmaterial (Unterboden) zu verwenden. Der erforderliche Bodenabtrag ist schonend und unter sorgfältiger Trennung von Mutterboden und Unterboden durchzuführen. Unnötiges Befahren oder Zerstören von Mutterboden auf verbleibenden Flächen ist nicht zulässig.

3. Objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN 4020 und Gründungsberatung durch ein privates Ingenieurbüro werden empfohlen.

IV. Begründung

zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“
und den örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“

1. Planerfordernis, Ziele und Zwecke der Planung

Die Gemeinde Eschenbach ist bestrebt, durch Maßnahmen der Innenentwicklung, wie z.B. der Schließung von Baulücken oder der Umnutzung brachgefallener Grundstücke, den örtlichen Bedarf an Wohnbauland zu decken. Die Innenentwicklung bedarf jedoch regelmäßig der Mitwirkungsbereitschaft der Grundstückseigentümer.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplans „Saure Wiesen“ im Jahr 2000 hat die Gemeinde Eschenbach die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erschließung und Bebauung der Grundstücke im rückwärtigen Bereich des Amselweges geschaffen. Die Erschließung dieser Bauplätze erfolgt über den Drosselweg. Mit dem Deckblatt zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung“ konnte die Gemeinde im Jahr 2008 südlich des Drosselweges zwei zusätzliche Bauplätze schaffen. Um städtebauliche Fehlentwicklungen zu vermeiden wurden die verbleibenden Flächen zwischen der bestehenden Bebauung im Westen und den neuen Baugrundstücken als private Grünfläche festgesetzt.

Da zwischenzeitlich mit dem Eigentümer des verbliebenen, südlich an den Drosselweg angrenzenden Flurstücks Nr. 1 eine Einigung erzielt werden konnte, soll nun der Bebauungsplan geändert werden. Mit der Änderung des Bebauungsplans soll verbindliches Planungsrecht geschaffen werden um eine Bebauung zu ermöglichen.

2. Übergeordnete Planungen

Flächennutzungsplanung:

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan des Gemeindeverwaltungsverband Voralb sind die Flächen im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans als Wohnbaufläche (W) dargestellt. Der Bebauungsplan wird somit gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

3. Bestehendes Planungsrecht

Für das Plangebiet besteht der Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung“ aus dem Jahr 2008. Dieser setzt die östlich des aktuellen Plangebietes liegenden Flächen als allgemeines Wohngebiet (WA) fest, die Fläche innerhalb des Geltungsbereichs der Bebauungsplanänderung wird als private Grünfläche festgesetzt.

4. Lage/Abgrenzung des Plangebietes

Das Plangebiet liegt im Süden der Ortslage Eschenbachs im Drosselweg. Der Geltungsbereich umfasst mit ca. 0,12 ha Teile der Flurstücke 1 und 164. Die genaue Abgrenzung des Bebauungsplanes ergibt sich aus dem Deckblatt zum zeichnerischen Teil des Bebauungsplans.

5. Bebauungsplan der Innenentwicklung

Das Baugesetzbuch (BauGB) sieht für Maßnahmen, die der Innenentwicklung dienen, die Möglichkeit vor, „Bebauungspläne der Innenentwicklung“ gem. § 13a BauGB aufzustellen. Voraussetzung ist, dass der Bebauungsplan der Wiedernutzbarmachung von Flächen, der Nachverdichtung oder anderen Maßnahmen der Innenentwicklung dient.

Bei dem Plangebiet handelt es sich um eine Baulücke, welche bereits auf drei Seiten von einer bestehenden Wohnbebauung umgeben ist und die unzweifelhaft zum Siedlungsbereich von Eschenbach gehört.

Ziel der Planung ist die Steuerung der städtebaulichen Entwicklung des Gebietes und die Schaffung von Planungsrecht für die geplante Bebauung. Der Bebauungsplan dient somit der Innenentwicklung.

Die Zulässigkeit von „Bebauungsplänen der Innenentwicklung“ ist darüber hinaus durch zwei Schwellenwerte beschränkt. Bis zu einer zulässigen Grundfläche von 70.000 m² (im Sinne des § 19 Abs. 2 BauNVO, d.h. zulässiger Grundfläche des Baugrundstücks das von baulichen Anlagen überbaut werden kann = GRZ) darf ein Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden, bis 20.000 m² ohne „Vorprüfung des Einzelfalls“. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans umfasst eine Fläche von 1.226 m² und liegt somit weit unterhalb der Schwellenwerte, bedarf somit auch keiner „Vorprüfung des Einzelfalls“.

Mit dem Bebauungsplan wird keine Zulassung für ein Vorhaben begründet, das einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegt. Ebenfalls bestehen keine Anhaltspunkte, dass die Erhaltungsziele und der Schutzzweck von Natura 2000-Gebieten im Sinne des Naturschutzgesetzes durch die Planung beeinträchtigt werden.

Der Bebauungsplan wird daher als „Bebauungsplan der Innenentwicklung“ gem. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB i.V.m. § 13 BauGB, d.h. ohne frühzeitige Unterrichtung und Erörterung nach § 3 (1) und § 4 (1) BauGB und ohne Umweltprüfung und Umweltbericht aufgestellt.

6. Umweltbelang / Auswirkungen der Planung auf die Umwelt

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt. Die Durchführung einer Umweltprüfung und die Erstellung des Umweltberichts sind nicht erforderlich. Die Aufstellung des Bebauungsplanes im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB befreit jedoch nicht von der Pflicht, die Umweltbelange zu ermitteln und in die Abwägung einzustellen.

Die Auswirkung der Planung auf die betroffenen Schutzgüter wird im nachfolgenden verbalargumentativ beschrieben.

Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt (Artenschutz)

Die Umgebung des Plangebietes ist bereits im Norden, Osten und Westen bebaut. Das Plangebiet selbst kann als intensiv bewirtschaftete Wiese mit 2 Obstbäumen beschrieben werden. Die beiden Bäume weisen einen insgesamt gepflegten Eindruck auf, Baumhöhlen oder Baumspalten wurden nicht gesichtet. Darüber hinaus befindet sich ein Holzstapel auf dem Gelände. Insgesamt dient das Gebiet allenfalls kulturfolgenden Arten als Nahrungshabitat. Daraus ergeben sich jedoch keine Verbotstatbestände.

Auf den gesetzlichen Gehölzrodungszeitraum von Anfang Oktober bis Ende Februar wird dennoch hingewiesen.

Insgesamt ist die Habitateignung des Gebietes sehr gering. Ein Vorkommen relevanter Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie kann ausgeschlossen werden. Schutzausweisungen nach Naturschutzrecht liegen nicht vor.

Die Planung hat auf das Schutzgut sehr geringe bis keine Auswirkungen.

Schutzgut Boden

Das Plangebiet ist überwiegend unbebaut und unversiegelt, der Boden ist jedoch durch landwirtschaftliche und gartenbauliche Nutzung beeinflusst. Da es sich jedoch um ein bereits erschlossenes Gebiet handelt, ist der Verlust von natürlichem Boden als gering einzustufen.

Schutzgut Wasser

Für die Grundwasserneubildung aus Niederschlag spielt u.a. die Infiltrationsrate eine wichtige Rolle. Auf den vollständig versiegelten Flächen ist keine Grundwasserneubildung möglich. Die verbleibenden Grünflächen im Plangebiet spielen für die Grundwasserneubildung nur eine untergeordnete Rolle. Wasserschutzgebiete sind im Plangebiet nicht ausgewiesen. Oberflächengewässer kommen im Plangebiet nicht vor. Überschwemmungsgebiete sind im Plangebiet nicht ausgewiesen.

Die Planung hat auf das Schutzgut sehr geringe bis keine Auswirkungen.

6.1 Schutzgut Luft und Klima

Für die Luftregeneration und für klimatische Ausgleichsfunktionen sind vor allem größere Freiflächen relevant.

Die Planung hat auf das Schutzgut aufgrund der sehr geringen Größe des betroffenen Gebietes sehr geringe bis keine Auswirkungen.

6.2 Schutzgut Landschaft

Das Plangebiet liegt innerhalb der Siedlungslage von Eschenbach und übernimmt dadurch keine Funktionen für das Landschaftsbild bzw. als Landschaftselement.

Die Planung hat auf das Schutzgut sehr geringe bis keine Auswirkungen.

6.3 Schutzgut Mensch

Durch Baumaßnahmen auf den einzelnen Grundstücken kommt es baubedingt (Baubetrieb, Baustellenfahrzeuge, Krananlagen etc.) zu einer temporären Beeinträchtigung der umliegenden Wohngebiete. Die Festsetzungen im Bebauungsplan sollen sicherstellen, dass es durch die neue Bebauung zu keiner nachhaltigen Beeinträchtigung der umliegenden Wohnbebauung (z.B. durch Verschattung) kommt. Es ist daher insgesamt mit keinen nachhaltigen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch zu rechnen.

6.4 Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Kulturgüter im Sinne des Denkmalschutzgesetzes sind im Plangebiet weder bekannt noch von der Planung betroffen.

Die Planung hat auf das Schutzgut sehr geringe bis keine Auswirkungen.

7. Bestand

Örtliche Gegebenheiten, bestehende Bebauung, Topographie

Die Fläche grenzt südlich an den Drosselweg und wird derzeit landwirtschaftlich genutzt. Nördlich, östlich und westlich ist das Plangebiet darüber hinaus von bestehender Wohnbebauung umgeben. Das Gelände ist nahezu eben und fällt nur sehr leicht in östlicher Richtung ab.

Schutzgebiete/Schutzobjekte

Innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans befinden sich keine Schutzausweisungen.

Naturdenkmale sind im Plangebiet und im näheren Umfeld des Plangebietes nicht vorhanden.

Eigentum

Das Flst. Nr. 1 befindet sich im Privateigentum, das Flst. 164 ist im Eigentum der Gemeinde Eschenbach.

Verkehr

Das Plangebiet ist durch den Drosselweg und den Amselweg an das örtliche Verkehrsnetz angebunden.

8. Planungsziele und PlanungskonzeptionVerkehrliche Anbindung

Die verkehrliche Anbindung des Plangebietes erfolgt über den vorhandenen Drosselweg. Am westlichen Rand des Plangebietes, zwischen der bestehenden landwirtschaftlichen Bebauung und den neu geschaffenen Wohnbauplätzen, ist darüber hinaus eine Erschließungsstraße in südlicher Richtung vorgesehen. Über diese ist langfristig eine Erweiterung des Gebietes in südlicher Richtung möglich.

Bebauung/Gebäudetypologie

Die zukünftige Bebauung soll sich sowohl in der Art der Nutzung, der Gebäudekubatur sowie der Stellung der Gebäude an der Bestandsbebauung in der Umgebung orientieren. Dementsprechend sind auf den beiden Bauplätzen nur Einzel- und Doppelhäuser vorgesehen.

Ver- und Entsorgung

Die vorhandenen Leitungen (Mischwasserkanal, Wasserversorgung) im Drosselweg sind bereits für eine südliche Erweiterung ausgelegt

9. Bodenordnung

Die Gemeinde wird mit dem Eigentümer des Flst. 1 eine Vereinbarung zur Bodenordnung und Kostentragung treffen.

10. Städtebauliche Kenndaten

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst ca. 0,12 Hektar.

Gesamtfläche Bebauungsplan	1226 m²	100,0 %
Verkehrsflächen	179 m ²	14,6 %
Grünflächen	7 m ²	0,6 %
Wohnbauflächen	1040 m²	84,8 %

Gefertigt: 25.04.2017



Dipl.-Ing. (FH) Manfred Mezger
Freier Stadtplaner

mquadrat kommunikative Stadtentwicklung
Badstraße 44 T 0 71 64 . 1 47 18 - 0
73087 Bad Boll F 0 71 64 . 1 47 18 - 18

A) **Satzung über den Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“**

Rechtsgrundlagen:

- Das **Baugesetzbuch (BauGB)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722).
- Die **Baunutzungsverordnung (BauNVO)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548).
- Die **Planzeichenverordnung (PlanzV)** vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).

Nach § 10 BauGB hat der Gemeinderat der Gemeinde Eschenbach in seiner Sitzung am 25.04.2017 den Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“ als Satzung beschlossen.

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich

Für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans ist der ZEICHNERISCHE TEIL (Teil A) in der Fassung vom 25.04.2017 maßgebend.

§ 2 Bestandteile und Anlagen

Der Bebauungsplan besteht aus folgenden Unterlagen:

Deckblatt zum zeichnerischen Teil (Teil A)	in der Fassung vom 25.04.2017
Textteil (Teil B), I. Planungsrechtliche Festsetzungen	in der Fassung vom 25.04.2017

Anlagen:

Hinweise (III.)	in der Fassung vom 25.04.2017
Begründung (IV.)	in der Fassung vom 25.04.2017

§ 3 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer den Festsetzungen des Bebauungsplanes zuwiderhandelt.

§ 4 Inkrafttreten

Dieser Bebauungsplan tritt mit seiner ortsüblichen Bekanntmachung gemäß § 10 (3) BauGB in Kraft.

Mit Inkrafttreten dieses Bebauungsplanes sind sämtliche Festsetzungen von Bebauungsplänen innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Planes aufgehoben.

Eschenbach, den 25. April 2017

gez. Thomas Schubert

Thomas Schubert (Bürgermeister)

B) **Satzung über die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“**

Rechtsgrundlagen:

- Die **Landesbauordnung (LBO)** für Baden-Württemberg in der Fassung vom 5. März 2010 (GBl. S. 357, 416), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. November 2014 (GBl. S. 501).
- **Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO)** in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. 2000, 581, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. Oktober 2015 (GBl. S. 870).

Aufgrund des § 74 (1) und (7) LBO Baden-Württemberg i.V.m. § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 25.04.2017 die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“ als Satzung beschlossen.

§ 1 Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich dieser örtlichen Bauvorschriften ist mit dem räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplans „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“ deckungsgleich.

§ 2 Bestandteile und Anlagen

Die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“ bestehen aus folgenden Unterlagen:

ZEICHNERISCHER TEIL (Teil A)	in der Fassung vom 25.04.2017
TEXTTEIL (Teil B), II. Örtliche Bauvorschriften	in der Fassung vom 25.04.2017

Anlagen:

Hinweise (III.)	in der Fassung vom 25.04.2017
Begründung (IV.)	in der Fassung vom 25.04.2017

§ 3 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 75 Landesbauordnung (LBO) handelt, wer den Festsetzungen der örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt.

§ 4 Inkrafttreten

Die Satzung über die örtlichen Bauvorschriften zum Bebauungsplan „Saure Wiesen, Erweiterung – 1. Änderung“ tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung gemäß § 10 (3) BauGB in Kraft.

Mit Inkrafttreten dieser Satzung sind sämtliche Bauvorschriften von Bebauungsplänen innerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Planes aufgehoben.

Eschenbach, den 25. April 2017

gez. Thomas Schubert
Thomas Schubert (Bürgermeister)